



Zeitung der MLGS Marxistisch-Leninistische Gruppe Schweiz

Spendenpreis 0.20 Fr. | Februar/März 2016

Impressum | Kontakt | ViSdP.:

Arbeiterbildung Zürich, 8000 Zürich

Mail: info@MLGS.ch | www.MLGS.ch | www.ICOR.info



Durchsetzungsinitiative der SVP – faschistischer Versuchsballon der Herrschenden

Sowohl die Ausschaffungsinitiative, die mit 53% der Stimmenden, bei einer Stimmbeteiligung von 53% angenommen wurde (also von etwas mehr als $\frac{1}{4}$ der Stimmberechtigten befürwortet wurde) als auch jetzt die Durchsetzungsinitiative wollen v.a. das Eine durchsetzen: In der Schweiz soll es per Verfassung und Gesetz für eine Gruppe von Einwohner/innen (die mit Schweizer Pass) und jene ohne, verschiedene Rechte geben:

Werden die einen vom Gericht verurteilt, bekommen sie eine Strafe, und bleiben im Land, die anderen werden des Landes verwiesen, in Länder

geschickt, wo häufig Folter und willkürliche Urteile bis hin zu Todesurteilen an der Tagesordnung sind. Schon die Ausschaffungsinitiative verstösst gegen die Schweizer Verfassung, in der es heisst: «Es gibt in der Schweiz keine Untertanenverhältnisse, keine Vorrechte des Orts, der Geburt, der Familien oder Personen. »

(Schweiz. Bundesverfassung, Art.4 Abs.1)

Man muss sich jetzt schon fragen, warum diese Initiative von den bürgerlichen Gerichten überhaupt zugelassen wurde.

Stellen wir uns doch einmal vor, es würde eine Initiative eingereicht in der es heissen würde: «Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Zerstörung der Natur aus Profitinteresse ist verboten»



Sofort kämen die bürgerlichen Juristen und würden die Initiative als verfassungswidrig (und damit als ungültig) erklären. Sie hätten ja auch recht: eine solche Initiative würde die bürgerliche «Gewerbefreiheit» einschränken, zu der Ausbeutung von Mensch und Natur gehört.

Was hier vorgeführt wird ist ein Versuchsballon der Herrschenden, ob es tatsächlich in der Schweiz möglich wäre, für einen Teil der Bevölkerung ein «Sonderrecht» einzuführen Angesichts der Tatsache, dass immer mehr Menschen keinen anderen Ausweg mehr sehen, als ihre von Krieg, Unterdrückung, Ausbeutung und Umweltzerstörung betroffenen Länder zu verlassen und in Deutschland, Norwegen, Schweden, Holland etc. oder auch in der Schweiz versuchen Arbeit und Sicherheit zu finden stehen die Herrschenden vor einem Problem: Jeder Flüchtling, der hier ankommt ist ein Zeuge des weltweiten Versagens des Kapitalismus und Imperialismus. Trotzdem der Fortschritt in Industrie, Technik und Wissenschaft es möglich machen würde, die Weltbevölkerung zu ernähren, zu kleiden und zu bilden schafft es der Kapitalismus gerade mal für ca. 20% der Weltbevölkerung ein einigermaßen würdiges Dasein zu verschaffen.

Diese lebendigen Zeugen ihres wirtschaftlichen und politischen Desasters wollen die Herrschenden loswerden. Dazu wollen sie ein Keil in die Bevölkerung und in erster Linie in die Arbeiterklasse und das werktätige Volk treiben. Schuld an der zunehmenden Verschärfung der Arbeitsbedingungen, den immer wiederkehrenden Krisen mit Entlassungen und Sozialabbau sollen die «Ausländer» sein. Ein Schulterchluss zwischen den hier schon länger lebenden Werktätigen und den zugewanderten Menschen gegen den gemeinsamen Gegner – die

Kapitalisten und Imperialisten – ist eine tödliche Bedrohung des kapitalistischen Ausbeutersystems. Bürgerlich demokratische Gesetze sollen weitgehend eingeschränkt werden. Die nächste Initiative ist schon im Köcher: „Schweizer Recht statt fremde Richter“. Würde diese Initiative angenommen, wären sämtliche Menschenrechte ausgehebelt, dem Kapital würden Tür und Tor geöffnet. Warum dies? In einer Zeit in der immer mehr Menschen begreifen, dass die Grenzen nicht zwischen den Völkern verlaufen, sondern zwischen oben und unten, soll schon mal vorbeugend alles getan werden um mögliche Aufstände des Volkes in der Schweiz zu verhindern. All diese

Initiativen laufen auf eine Faschisierung des Staatsapparats hinaus.

Mit der immer weiteren Verschärfung der Zuwanderungsgesetze, dem Errichten von Mauern und Zäunen gegen Flüchtlinge soll verhindert werden, dass diese Menschen zu uns kommen. Lieber lässt man sie im Mittelmeer ertrinken oder schafft eben «Sondergesetze» wie die «Durchsetzungs-Initiative» verlangt. Einem Teil der Herrschenden geht dies heute zu weit. Sie fürchten um das «Image der Schweiz», weil dies ihre Geschäfte verderben könnte.

Für uns ist klar:

- *wir verteidigen die von uns erkämpften Rechte, die sich auch in der Verfassung finden lassen und lassen uns nicht spalten.*
- *Ein klares Nein zu dieser rassistischen Initiative*
- *Einheimische und zugewanderte Arbeiterinnen und Arbeiter: eine Klasse – ein Kampf*
- *Kämpft mit für eine Perspektive im echten Sozialismus*

